

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) / Verträge für Individualberatung

§ 1 Anwendung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Beratungsverträge

1. Die von beiden Vertragspartnern akzeptierten Allgemeinen Geschäftsbedingungen regeln die Beratungsverträge im Sinne von §§ 611 ff BGB, soweit zwischen den Vertragsparteien nichts anderes schriftlich vereinbart wurde.
2. Der Vertrag kommt zustande, wenn der Klient ein Beratungsangebot des Beraters/Dienstleisters annimmt und sich zum Zwecke der Beratung und/oder Unterstützung an ihn wendet.
3. Der Berater / Dienstleister ist berechtigt eine Beratung ohne Angaben von Gründen abzulehnen. Beide Vertragspartner können einen bestehenden Vertrag jederzeit ohne Angabe von Gründen kündigen. In diesem Fall bleibt der Honoraranspruch für die bis zur Ablehnung der Beratung entstandenen und gebuchten Dienstleistungen erhalten.

§ 2 Inhalt des Beratungsvertrages

1. Der Berater/Dienstleister erbringt seinen Dienst gegenüber dem Klienten indem er seine Kenntnisse und Fähigkeiten zur Beratung und/oder Unterstützung des Klienten in die Beratung einbringt bzw. anwendet.
2. Der Berater/Dienstleister ist berechtigt, die Methoden anzuwenden, die ihm im Rahmen der Beratung sinnvoll erscheinen und dem mutmaßlichen Willen des Klienten entsprechen, sofern dieser darüber keine Entscheidung trifft. Es können vom Berater Methoden angewendet werden, die nicht uneingeschränkt anerkannt oder wissenschaftlich bewiesen sind. Ein subjektiv erwarteter Erfolg des Klienten kann nicht in Aussicht gestellt oder garantiert werden. Im Falle dass der Klient ausschließlich nach wissenschaftlich anerkannten Methoden beraten und/oder unterstützt werden will, muss er das dem Berater/Dienstleister gegenüber erklären.
3. Der Berater/Dienstleister erbringt seine Leistungen überregional. Für eine telefonische Beratung, eine Beratung per Skype und für persönliche Beratungsstunden sind 45 Minuten festgelegt. Abweichungen hiervon sind im Vorfeld zu vereinbaren.
4. Die Beratung ersetzt keine Untersuchung, Behandlung oder Therapie durch einen Arzt oder Psychotherapeuten. Der Klient ist aufgefordert, sich bei Beschwerden mit Krankheitswert in die Behandlung eines Arztes oder Therapeuten zu begeben.

§ 3 Mitwirkung und Verantwortung des Klienten

1. Der Klient ist zu einer aktiven Mitwirkung nicht verpflichtet. Eine erfolgversprechende Beratung ist jedoch in der Regel nur durch eine aktive Mitwirkung des Klienten möglich. Dies gilt insbesondere für umfassende Auskünften als Grundlage für eine individuelle Beratung, sowie für mögliche Empfehlungen an weiterführende Institutionen, Ärzte oder Psychotherapeuten.
2. Der Klient erkennt an, dass er während der Beratung, sowohl während der einzelnen Sitzungen als auch während der Zeit zwischen den Sitzungen in vollem Umfang selbst verantwortlich für seine körperliche und geistige Gesundheit ist. Er erkennt an, dass alle Schritte und Maßnahmen, die im Rahmen der Beratung von ihm unternommen oder unterlassen werden, nur in seinem eigenen Verantwortungsbereich liegen.

§ 4 Gesundheitszustand

1. Leidet der Klient an keiner Erkrankung, die die Geschäftsfähigkeit beeinträchtigt oder die einer Beratung aus medizinisch-psychologischen Gründen zurzeit entgegensteht, so ist dies dem Berater / Dienstleister unaufgefordert und sofort bekannt zu geben.

§ 5 Honorierung des Psychologischen Beraters

1. Der Berater/Dienstleister hat für seine Dienste einen Honoraranspruch. Dieser richtet sich, sofern dies nicht anders vereinbart wurde, nach den auf der Website ausgewiesenen Honorare.
2. Die Honorare sind im Vorfeld einer Beratung zu entrichten. Die Zahlung kann per Banküberweisung sowie auch über Paypal erfolgen, wo eine Anonymisierung der persönlichen Daten möglich ist. Der Klient erhält hierüber eine Rechnung.
3. Der Klient ist darüber informiert, dass der Berater/Dienstleister keine Zulassung für Krankenkassen oder andere Kostenträgern hat. Die Honorare sind vom Klienten zu entrichten.
4. Vereinbarte Termine, die vom Klienten nicht wahrgenommen werden können, müssen vom Klienten rechtzeitig, mindestens 2 Werktage vor dem Termin, verlegt oder abgesagt werden. Es werden dem Klienten zeitnah Ersatztermine angeboten. Eine Rückerstattung der Gebühren für vereinbarte Termine / Sitzungen ist ausgeschlossen.
5. Für Termine, die von Seiten des Beraters abgesagt oder verschoben werden müssen, werden dem Klienten zeitnah Ersatztermine angeboten.

§ 6 Vertraulichkeit

1. Die persönlichen Daten des Klienten werden streng vertraulich behandelt und dürfen nur auf ausdrücklichen Wunsch und mit schriftlicher Zustimmung des Klienten an Dritte weitergegeben werden.
2. Absatz 1. ist nicht anwendbar, wenn der Berater aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Weitergabe der Daten verpflichtet oder auf behördliche oder gerichtliche Anordnung auskunftspflichtig ist. Dies gilt auch bei Auskünften an sorgeberechtigte Personen, nicht aber für Auskünfte an Familienangehörige, Freunde und Bekannte. Absatz 1. ist ebenfalls nicht anzuwenden, wenn im Zusammenhang mit der Beratung oder Unterstützung persönliche Angriffe gegen den Berater oder seine Berufsausübung stattfinden und er sich mit der Verwendung entsprechender Daten oder Tatsachen entlasten kann.
3. Im Fall der Ankündigung suizidaler Handlungen und fehlender Fähigkeit / Bereitschaft zur Aufnahme des Kontaktes mit einem Facharzt, Therapeuten oder einer Klinik wird der Berater / Dienstleister unverzüglich die zuständigen Behörden einschalten, um eine Gefährdung des Klienten möglichst abzuwenden.

§ 7 Datenschutz

1. Der Berater/Dienstleister führt Aufzeichnungen in Form von schriftlichen Dokumentationen über seine Beratungsarbeit. Dem Klienten steht eine Einsicht in diese Dokumentation nicht zu und kann somit auch nicht deren Herausgabe verlangen. Falls der Klient eine Beratungsakte wünscht, kann der Berater diese kostenpflichtig (nach tatsächlichem Zeitaufwand) aus der Dokumentation erstellen.
2. Der Berater/Dienstleister speichert die personenbezogenen Daten des Klienten soweit es zur Rechnungsstellung und Buchführung erforderlich ist. Eine weitergehende Speicherung findet nicht statt, auch nicht in anonymisierter Form.
3. Bild- und Tonaufzeichnungen sowie Mitschnitte aus den Beratungssitzungen per Telefon und von den Online-Video-Plattformen (i.d.R. Skype) sind sowohl dem Klienten, als auch dem Berater / Dienstleister ausdrücklich untersagt.

§ 8 Salvatorische Klausel

1. Sollten einzelne Bestimmungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen / des Beratungsvertrages ungültig oder nichtig sein, wird damit die Wirksamkeit des Vertrages insgesamt nicht berührt. Die ungültige oder nichtige Bestimmung ist in diesem Falle in freier Auslegung durch eine Bestimmung zu ersetzen, die dem Vertragszweck oder dem Parteiwillen am nächsten kommt.
2. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Internationalen Privatrechts. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Freiburg im Breisgau.

Haftungsausschluss:

Die Inhalte dieser Website wurden nach bestem Wissen und Gewissen mit größter Sorgfalt erstellt und geprüft. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Qualität und Aktualität der Inhalte, insbesondere für die verlinkten Quellennachweise, kann jedoch keine Haftung und Gewährleistung übernommen werden. Es kann keine Haftung für mögliche Schäden übernommen werden, die durch das Vertrauen auf die Inhalte und Informationen dieser Website oder durch die Nutzung des Beratungsangebotes entstehen. Das Beratungsangebot sowie die im Rahmen einer Beratung getätigten Vorschläge und Hinweise beruhen auf den jeweiligen Fallschilderungen und sind rechtlich unverbindlich. Auch für die Verwendung und Nutzung von externen Verlinkungen, wie z.B. Facebook, kann aufgrund von möglichen Sicherheitslücken keine Haftung übernommen werden. Der Autor behält sich zudem vor, Teile der Website oder das gesamte Angebot ohne Ankündigung zu verändern, zu ergänzen, zu modifizieren oder zu löschen.

Als Diensteanbieter sind wir gemäß § 7 Abs.1 TMG für eigene Inhalte auf diesen Seiten nach den allgemeinen Gesetzen verantwortlich. Nach §§ 8 bis 10 TMG ist der Diensteanbieter jedoch nicht verpflichtet, übermittelte oder gespeicherte fremde Informationen zu überwachen oder nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hinweisen. Verpflichtungen zur Entfernung oder Sperrung der Nutzung von Informationen nach den allgemeinen Gesetzen bleiben hiervon unberührt. Eine diesbezügliche Haftung ist jedoch erst ab dem Zeitpunkt der Kenntnis einer konkreten Rechtsverletzung möglich. Bei Bekanntwerden von entsprechenden Rechtsverletzungen werde ich diese Inhalte umgehend entfernen.

Widerrufsbelehrung:

Die gesetzliche Widerrufsfrist der Beratungsverträge (Dienstleistungsverträge) beginnt mit Vertragsschluss und beträgt 14 Tage. Innerhalb dieses Zeitraums kann die Dienstleistung ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen werden. Das Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde. Widerruft der Klient (Verbraucher) den Dienstleistungsvertrag bevor die Dienstleistung vollständig erbracht wurde, zu einem Zeitpunkt, wo das Widerrufsrecht noch nicht erloschen ist, kann der Unternehmer Wertersatz für die bis zum Zeitpunkt des Widerrufs bereits erbrachte Teilleistung verlangen.